

Wirtschaft

## **Undurchsichtige Rolle von Appenzeller CVP-Vertretern**

**Umstrittene Finanzgesellschaft MWB soll mit Steuergeschenk angelockt worden sein**

**Von Hansjörg Ryser**

APPENZELL · CVP-Spitzenpolitiker geraten in den Dunstkreis der umstrittenen deutschen Finanzgesellschaft MWB (siehe Kasten). Dazu gehören die frühere Bundesrätin und Appenzeller Finanzdirektorin Ruth Metzler, der ehemalige Finanzdirektor Charly Fässler sowie der frühere Appenzeller Landammann und die Bundes-Parlamentarier Carlo Schmid und Arthur Löpfe.

Seit Monaten ermittelt die Staatsanwaltschaft in Essen gegen Tausende von MWB-Kunden wegen des Verdachts, auf diesem Weg Schwarzgelder am Fiskus vorbeigeschleust und damit gravierende Steuerdelikte begangen zu haben.

Der deutsche Anlegeranwalt Hartmut Gödecke wirft der Finanzgruppe des deutschen Versicherungsberaters Hanspeter Fieber, zu welcher die MWB zählt, zudem Anlagebetrug vor und hat in Köln eine entsprechende Strafanzeige eingereicht. Und Tanja Celler von der Münchner Kanzlei Mattil fordert für ihre Anlegergemeinschaft vom MWB Schadenersatz. Die Kunden hätten durch horrenden Gebühren enorme Verluste erlitten, wird MWB vorgeworfen.

### **Anlegerschützer in Deutschland warnten vor der MWB**

Die Vorwürfe sind nicht neu. Schon seit Anfang der Neunzigerjahre wurde von Anlegerschutzvereinigungen in Deutschland vor der MWB und der Anlegergesellschaft Rekord gewarnt und auf die Schwarzgeldproblematik hingewiesen. Die Autoren des bekannten Anlegerbriefs Gerlach-Reports schalteten dazu das Deutsche Versicherungsamt und den Deutschen Versicherungsverband ein.

Es war 1998, als der MWB seinen Sitz von Zürich ins beschauliche Appenzell verlegte, die Geschäftstätigkeit aber in Zürich beließ. Im kleinen Kanton rollte man Fieber den roten Teppich aus. Der SonntagsZeitung liegen Informationen vor, wonach ein wichtiges Motiv für die Sitzverlegung ein Steuerabkommen mit Appenzell Innerrhoden gewesen sein.

Fieber habe sich von der MWB 25 Millionen Franken ausschütten lassen - dank Steuerabkommen steuerfrei. Im Gegenzug habe er sich verpflichtet, fünf Jahre in Appenzell zu bleiben. Fässler habe dieses Abkommen mit der Appenzeller Finanzdirektion ausgehandelt, der er zehn Jahre vorgestanden war und die zum fraglichen Zeitpunkt seit zwei Jahren von seiner Nachfolgerin Ruth Metzler, der späteren Bundesrätin und Justizministerin, geführt wurde.

Zustimmen musste letztlich die gesamte Regierung, der damals auch CVP-Ständerat Carlo Schmid als Regierungsrat angehörte. «Ich mag mich nicht an ein solches Abkommen erinnern», sagt Schmid heute dazu. Ebenso Löpfe, der Landammann war. Und wenn es ein solches Abkommen gegeben hätte, fügt Löpfe an, wäre er beim Regierungsentscheid sicher in den Ausstand getreten. Als Treuhänder, sagt Fässler,

sei er an die Schweigepflicht gebunden und dürfe sich dazu nicht äussern. Die an Ruth Metzler übermittelten Fragen blieben bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Fässler wurde kurz nach seinem Rücktritt aus der Regierung, wo er als Finanzdirektor auch oberster Chef der Appenzeller Steuerbehörde war, Verwaltungsrat des MWB, den er bis heute präsidiert. Fässler: «Ich bin von der Qualität der MWB-Dienstleistungen überzeugt.» Er legt Wert auf die Feststellung, MWB habe in keiner Weise zur Steuerhinterziehung beigetragen. «Steuerberatung gehört nicht zu unseren Dienstleistungen.»

Davon ist auch CVP-Nationalrat Arthur Löpfe überzeugt. Er ist heute Verwaltungsrat von Arbonia Forster und Miteigentümer der Schnapsbrennerei Emil Ebnetter, Herstellerin des Appenzeller Alpenbitters. Löpfe gehörte auch während seiner Zeit als Appenzeller Landammann jahrelang verschiedenen Verwaltungsräten von Fieber-Gesellschaften an: bis 1997 dem MWB, später dem so genannten Institut für Finanz und Betriebswirtschaft oder der inzwischen liquidierten Rekord.

#### **Das Modell MWB**

Mehrere Hundert Millionen Franken haben deutsche Anleger in den vergangenen Jahren über die Zürcher Finanzgesellschaft MWB in die Schweiz gelotst. Die Gelder der MWB-Kunden wurden auf Konten bei der Credit Suisse und der Dexia Bank einbezahlt und von dort in Lebensversicherungen der Generali und in Anlageprodukte, hauptsächlich Fonds der Bank Julius Bär, investiert. Dabei fallen horrende Gebühren an. Auf dem angelegten Geld werden gleich zu Beginn der Laufzeit von zwölf und mehr Jahren 5 beziehungsweise 6 Prozent Gebühren vom Zielvermögen belastet. Damit wird oft bis zur Hälfte des Anfangsbetrags abgezogen. Zusätzlich erhält die Finanzgesellschaft MWB Vergütungen von den beteiligten Banken und der Versicherung.